Union fordert besseren Schutz von religiösen Minderheiten

1. März 2016

Berlin (KNA) Unionsabgeordnete haben sich für einen besseren Schutz religiöser Minderheiten in Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge ausgesprochen. Der Stephanuskreis der CDU/CSUBundestagsfraktion verwies am Freitag auf Berichte von Übergriffen auf Christen. Dabei ergebe sich allerdings ein differenziertes Bild, so der Kreis von Abgeordneten, der sich besonders für verfolgte Christen einsetzt. Vor allem Konvertiten würden häufig von muslimischen Mitbewohnern angefeindet.

Die CDU-Menschenrechtsexpertin Erika Steinbach betonte, dass eine generelle Trennung von Flüchtlingen nach Religionen in den Erstaufnahmelagern nur eine Notlösung sein könne. „Gleichwohl dürfen wir die Menschen, die dringend unseren Schutz benötigen, nicht alleine lassen“, so Steinbach.

Der Vorsitzendes des Stephanuskreises, Heribert Hirte (CDU), betonte: „Radikale Islamisten dürfen sich nicht dadurch ermuntert fühlen, Christen anzugreifen, weil die deutschen Behörden wegschauen.“ Als wirksame Maßnahme nannte Hirte eine ausgewogenere Besetzung der Sicherheitsdienste. Ferner sei darauf zu achten, dass nicht die Sicherheitsdienste das Hausrecht in den Unterkünften ausübten, sondern die Betreiber. Nicht zuletzt könnten Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten in Unterkünften stärker als bisher in einzelnen Gruppen zusammengefasst werden. Dann könnten sich diese Gruppen in der Gemeinschaft „selbstbewusster behaupten“.

Der Stephanuskreis ist ein Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten der Union, der sich weltweit für Religionsfreiheit, besonders für bedrängte Christen einsetzt.

(KNA – qkmmq-89-00099)

Stand: 17. November 2026